



## Beschlussvorlage 5/17

der Kinderkommission

Gegenstand der Beschlussvorlage:
Aufstellung des Haushaltsplanes 2017

Eingebracht am:	Einreicher/-in:	Beschlussvorlage Nr.:
11.05.2017	Prof. Dr. Waldemar Stange	5/17

<b>Beschlussvorschlag:</b>	
Die Kinderkommission stimmt über dem Haushaltsplan 2017 einschließlich der bereits beschlossenen Maßnahmen zu. Der Geschäftsführung wird der Auftrag erteilt, in enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Organisation der beschlossenen Maßnahmen in Rahmen der zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu.	
<b><u>Haushalt 2017:</u></b>	
<b>Gesamt:</b>	<b><u>45.000 Euro</u></b>
Derzeitige Planung:	
➤ Maßnahme: Befragung von Expert*innen und Kommunen über den Stand der Partizipation von Kindern und Jugendlichen (Systematische Berichterstattung)	<b>./. 25.000 Euro</b>
➤ Maßnahme: Fachtag „Kindergipfel der Beteiligung“ u.a.: Werbung, Honorare, Raummiete, Catering für 150 Personen	<b>./. 10.000 Euro</b>
➤ Maßnahme Anhörung zu Themen der Beteiligung und Kinderrechte 26.06.2017	<b>./. 10.000 Euro</b>
➤ Geschäftsstelle Sächliche Ausgaben	<b>./. 5.000 Euro</b>

**Begründung:**

Der Kinderkommission sind vom Landtag Haushaltsmittel zur Durchführung ihrer Tätigkeit zur Verfügung gestellt worden. Die Kinderkommission hat inzwischen Maßnahmen beschlossen, u.a. die Durchführung eines „Kindergipfels“ bzw. eine Befragung über den Stand der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel sind in der Aufstellung dargestellt.

Weiterhin beschließt die Kinderkommission, dem Niedersächsischen Studieninstitut für kommunale Aufgaben in der in der Planung angegebenen Höhe zur Durchführung Befragung von Expert\*innen und Kommunen über den Stand der Partizipation von Kindern und Jugendlichen (Systematische Berichterstattung).

Abstimmung der Beschlussvorlage am:	Ergebnis:
11.05.2017	<p>Der Haushaltsplan wurde vorgestellt. Alle beschlossenen Maßnahmen der Niedersächsischen Kinderkommission werden in 2017 umgesetzt. Es bedarf keines weiteren Beschlusses.</p> <p>Es soll versucht werden, die derzeit noch fehlenden 5000 € für die Befragung aus Mitteln des Sozialministeriums zu erhalten.</p>

Anlage: keine